

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 19

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Politwitze

Der Sozialismus ist wie der Schiefe Turm von Pisa. Er hält sich doch.

\*

Warum begrüßen alle Völker den Sozialismus? Weil es ihnen sonst schlecht ergeht.

\*

Zwei kleine KGB-Funktionäre geraten beim Wodka ins private Plaudern: «Du, gestern, als ich heimkam, fand ich einen KGB-General bei meiner Frau im Bett.» – «Donnerwetter. Und?» – «Wieder einmal Glück gehabt. Er hat mich nicht bemerkt.»

\*

Warum nehmen die Polizisten auf der Streife ihre Hunde mit? Mehr Köpfe, mehr Ideen.

\*

Auf dem Wenzelsplatz in Prag hält ein ausländischer Tourist vor zwei Polizisten an. «Sprechen Sie Deutsch?» Keine Antwort. «Dou you speak English?» Keine Antwort. «Parlez-vous français?» Keine Antwort. «Ponimajetje po-russki?» Keine Antwort, und der Tourist fährt weg. Die Polizisten sehen ihm nach. «Da sieht man wieder,

was das für ein unnützes Getue ist mit den Fremdsprachen. Dieser Kerl da. Vier Sprachen kann er und ist nicht imstande, einen einzigen verständlichen Satz von sich zu geben.»

\*

Der polnische Aussenhandelsminister erstattet Jaruzelski seinen Bericht über die jüngsten Moskauer Gespräche. «Das neue Abkommen ist sehr günstig für uns. Wir liefern der Sowjetunion unsere Kohle, und als Gegenleistung übernimmt sie unsere Fleischproduktion.»

## In Kürze

In der Mongolischen Volksrepublik, einem sowjetischen Protektorat, geht man gegen die Chinesen vor und vertreibt sie systematisch aus der Hauptstadt Ulan Bator. Zwischen März und Juni dieses Jahres hätten 294 chinesische Familien mit 1764 Angehörigen den Befehl erhalten, innerhalb von 14 Tagen in andere Landesgegenden umzuziehen; als Alternative drohte die Ausweisung unter Beschlagnahme des persönlichen Eigentums. So heisst es in einer Protestnote aus Beijing.

★

Im Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (Sinkiang; Nordwestchina) sind laut «Beijing Rundschau» 12000 Moscheen wiedereröffnet

worden, die man zwischen 1966 und 1976 (ab Kulturrevolution bis zum Tode von Mao) geschlossen hatte. In Xinjiang leben 6 Millionen Moslems.

★

Bis vor einigen Jahren hatten die Dorfbewohner in der Sowjetunion keine Freizügigkeit, da man ihnen den sogenannten Pass, das heisst den sowjetinternen Personalausweis, nur dann ausstellte, wenn sie die persönliche Genehmigung zur Niederlassung an einem andern Ort erhielten. Nunmehr haben auch die Bauern das automatische Anrecht auf ihren «Pass». Aber um der Landflucht zu begegnen, ist man auf eine andere Methode gekommen. Die Lokalbehörden bewahren die Dokumente, ohne die man in der Stadt keine Arbeitsbewilligung erhält, bei sich auf. Ausgehändig werden sie dann, wenn die Betreffenden einen Arbeitsvertrag vom neuen Ort vorlegen können; witzig.

★

In Polen kostet ein Anzug einen Arbeiter-Monatslohn oder mehr. Da hat man ein Interesse daran, dass er möglichst lange hält. Nun übernehmen die Schneiderwerkstätten die gewünschten Ausbesserungen oder Änderungen ohne weiteres – vorausgesetzt, der Kunde bringt Nadel und genügend Faden selber mit («Express Wieczorny», Warschau). Der Grund ist, dass man zur Devisenersparnis auf den Import dieser Güter (bisher 800 t Nähfaden und Nähgarn) verzichtet hat.

## Briefe

### Die 184

Am 1. August 1983 ist in zahlreichen Schweizer Zeitungen ein halbseitiges Inserat erschienen, mit dem 184 «Offiziere» für die Zivildienstinitiative eintraten. Das Publikationsdatum und der Hinweis auf den Offiziersgrad verrieten eine in der politischen Medienarbeit erfahrene Regie. Mit diesem Inserat sind Schweizer Offiziere in die Fussstapfen derjenigen Pfarrer und Pfarrerinnen getreten, die bereits mehrmals versucht haben, durch das Herausstreichen ihres geistlichen Amtes ausserordentlichen politischen Ansichten mehr Gewicht und Durchschlagskraft zu verleihen. Damit wollen diese Leute von einem Standesansehn profitieren, das ihre Amtsvorgänger durch Treue und loyale Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit geschaffen hatten. Dieses Ansehen wird missbraucht, um schwachen politischen Ansichten mehr Gewicht zu geben, als ihnen im demokratischen Kräftespiel zukommt. Dazu gehört neben AKW-Gegnerschaft und Frie-

denkampf auch das hochgespielte Thema Zivildienst.

Wie erinnerlich, ist die Münchensteiner Zivildienstinitiative 1977 mit 885000 Nein gegen 533000 Ja abgelehnt worden. Die Initianten der neuen Zivildienstinitiative müssen ihrer Sache wenig sicher sein, wenn sie zu Aktionen wie dem Offiziersaufruf greifen. Doch was sind das für Offiziere, die sich für diese Aktion haben gewinnen lassen? Als erstes ist festzuhalten, dass die 184 weniger als ein halbes Prozent des schweizerischen Offiziersbestandes ausmachen. Vielfach hat ihre Zahl an die ominöse «Eingabe der 200» erinnert, die 1940 mehr «Verständnis» für Hitler gefordert hatten. Aus Presseverlautbarungen und Telefonbucheintragungen geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Unterzeichner Psychiater, Pfarrer oder Sozialarbeiter sind, also Angehörige von Berufsgruppen, denen das Neinsagen schwerfällt, denn «tout comprendre c'est tout pardonner». Soweit unterzeichnende Offiziere bereits politisch in Erscheinung getreten sind, ist es immer links der Mitte gewesen. Da finden sich Repräsentanten der Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik, des Viva-Kollektivs, des Migros-Frühlings, ja selbst des Partito Socialista Autonomo. Die Namen von zwölf Unterzeichnern standen bereits unter dem sogenannten «Schweizer Appell für Frieden», den Mitglieder des Weltfriedensrates Ende 1981 in der Schweiz lanciert hatten. Auch die Führungsspitze der Sozialdemo-

kratischen Partei des Kantons Zürich ist vertreten. Von dieser Seite wird der Zivildienst als «Kernfrage politischer Toleranz» hingestellt. Das ist er gerade nicht! Er ist Sache eines demokratischen politischen Entscheides. Dieser ist vor sechs Jahren mit aller Deutlichkeit gefällt worden. Nicht das Demokratieverständnis der Kritiker der 184 ist fragwürdig, sondern derjenigen, die ungeachtet des eindeutigen Volksentscheides die Angelegenheit erneut aufgreifen. Diese sind auch intolerant, wenn sie die Verfechter der Mehrheitsmeinung als «Reaktionäre» beschimpfen.

In der Schweiz mit ihrer Milizarmee wird niemand gehindert, als Bürger und Soldat eine eigene politische Meinung zu haben und zu äussern. Das soll allerdings nur im politischen Bereich geschehen und nicht innerhalb der Armee. Denn diese ist das Machtinstrument der politischen Führung und soll nicht selbst politisieren, sonst ist es mit der Demokratie bald zu Ende.

Wer bei uns an der Mehrheitsmeinung vorbeipolitisiert – wie jetzt wieder mit der neuen Zivildienstinitiative –, der muss sich bewusst sein, dass er auf Widerstand stossen kann. Das ist nicht Intoleranz, sondern das Recht der Mehrheit, auch ihrerseits ihre politische Meinung zu äussern und gegenüber aggressiven Minderheiten zu verteidigen.

ho